

Erläuterung zu den Basisformularen und den benötigten Anlagen

Basisformulare

Diese Formulare sind von Ihnen vollständig auszufüllen, auszudrucken und **eigenhändig unterschrieben** wieder im Bereich Dokumente hochzuladen. Nutzen Sie hierzu bitte den **nach oben gerichteten Pfeil** zum Upload.

Bitte beachten Sie die Frist von **zwei Wochen** zum Upload der Basisformulare. Ohne fristgerechten Upload dieser Formulare kann Ihre Bewerbung nicht bearbeitet werden.

Anlagen

Des Weiteren benötigen wir für Ihre Bewerbung die folgenden Unterlagen die Sie uns ebenfalls über das Jobportal als Upload zur Verfügung stellen:

- Bundespersonalausweis
- Geburtsurkunde oder Abstammungsurkunde
- Schul- und evtl. Berufs- und Prüfungszeugnisse, aus denen hervorgeht, dass spätestens bis zum Einstellungstermin das Abitur, die volle Fachhochschulreife oder eine Zugangsberechtigung nach BBHZVO mit der Berechtigung zum Studium an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder in Nordrhein-Westfalen erreicht ist.
- Falls Sie Ihre Hochschulreife im Ausland erworben haben, eine Bescheinigung der Zeugnisanerkennungsstelle der Bezirksregierung Düsseldorf über die Anerkennung.
- Falls auf dem Schulzeugnis nicht vermerkt, ein Nachweis über sechs Jahre Englischunterricht ab Sekundarstufe 1 (sollte dies auf einem Abschlusszeugnis nicht vermerkt sein, reichen
 die jeweiligen Zeugnisse der fünften und zehnten Klasse), oder ein Nachweis über Sprachkenntnisse in der EU-Amtssprache Englisch mit Level B1 des gemeinsamen Europäischen
 Referenzrahmens für Sprachen

Bitte laden Sie die o. a. Unterlagen vollständig in Ihrem Jobportal hoch.

Begeben Sie sich unter dem Reiter "Meine Karriere" auf "Dokumente" und laden hier die Dokumente hoch.

Eventuell entstehende Kosten können nicht erstattet werden.

Wichtig:

Sollte Ihnen das Einreichen der Unterlagen nicht innerhalb der zweiwöchigen Frist möglich sein, können Sie um eine Fristverlängerung bitten.

Schreiben Sie uns gerne eine Nachricht, oder nehmen Sie telefonisch Kontakt zur Bewerbendenbetreuung auf: Telefon 0251-7795-5353



(Ein Passbild ist nicht erforderlich!)



Name		Vorname	Geburtsname	
Geburtsdatum		Geburtsort	Geburtsland	
Familienstand		Kinder	Staatsangehörigkeit	
Höchste	r Bildungsabschlu	ss zum Einstellungstermin		
 Datum		Schulabschluss		
Schulbes	suche (nach Grund	Ischule)		
von	bis	Schule	Schulform	
von	bis	Schule	Schulform	
von	bis	Schule	Schulform	
von	bis	Schule	Schulform	
Sonstige	es (Praktika, FSJ, B	FD, BW, etc.)		
von	bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen	
von	bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen	
von	bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen	
von	bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen	
von	bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen	





Beruflicher Werdegang/Studium

bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen
bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen
sbildung		
bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen
zu beschäftigung	gsfreien Zeiten ggf. Arbeitslosigk	ceit
bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen
bis	Tätigkeit	Arbeitgeber/Unternehmen
	bis	bis Tätigkeit bis Tätigkeit bis Tätigkeit bis Tätigkeit bis Tätigkeit sbildung bis Tätigkeit bis Tätigkeit

Formular 1



Erklärung zum Bewerbungsvorgang (Strafverfahren)

Name	Vorname	Geburtsdatum
LAFP NRW verpflich die gegen Sie geführ stellt oder nur eingest erbracht haben. Eben mäß §§ 53 Absatz 2 in in ein Führungszeugni 4 BZRG kann eine Ver	tet, alle Straf- und Ermittlungsverfahren t werden/wurden. Dabei ist es unerheblich, ellt wurden, da Sie eine Geldbuße gezahlt ode so sind Verurteilungen bei Bewerbungen für Verbindung mit 41 Absatz 1 Nr. 2 BZRG kein is aufzunehmen und im Bundeszentralregiste	oblizugsdienst des Landes NRW gegenüber der sowie jede polizeiliche Ermittlung anzuzeiger ob diese Verfahren abgeschlossen, gänzlich einge er eine andere Leistung, z. B. gemeinnützige Arbei den öffentlichen Dienst anzugeben. Sie haben ge Recht, diese zu verschweigen, auch wenn sie nich er (BZRG) eingetragen sind. Nach § 52 Absatz 1 N zu tilgen ist, zu ihrem Nachteil verwertet werder
Sind Sie strafrec	htlich verurteilt worden, auch nach	Jugendstrafrecht?
Ja	Nein	
Frage 2		
	en Sie ein Straf- und/oder Ermittlu ellte Verfahren anzugeben!)	ngsverfahren anhängig?
Ja	Nein	
Falls bekannt, bitte a	angeben (gegebenenfalls Beiblatt oder Ko	pie Einstellungsbescheid hochladen):
Aktenzeichen	Polizei, Staatsanwaltschaft, Amtsgericht	ggf. Verfahrensausgang
lich verurteilt worden s meiner Unterschrift ei	sein bzw. ist/war gegen mich ein strafrechtlic in, dass das LAFP NRW Einsicht in eventuell v	itsgemäß beantwortet habe. Sollte ich strafrech hes Ermittlungsverfahren anhängig, willige ich m rorhandene Straf-/Ermittlungsakten nehmen dar beruf@polizei.nrw.de jederzeit widerrufen werden
tionssystemen bei de	en Landeskriminalämtern, dem Bundeskrim eue, strafrechtlich relevante Sachverhalte wä	polizeilichen Vorgangsverwaltungs- und Informa inalamt und dem Verfassungsschutz NRW übe ährend des Bewerbungsverfahrens werde ich da
	x	
Ort, Datum	Unterschrift	
Bei Minderjährigen z	zusätzlich die Unterschrift einer gesetzlich	nen Vertreterin/eines gesetzlichen Vertreters.
	X	
Ort, Datum	Unterschrift	





Belehrung zum Bewerbungsvorgang

Name Vorname Geburtsdatum

Ich erkläre hiermit ausdrücklich,

- · dass ich über meine Pflicht zur Verfassungstreue entsprechend der beigefügten Anlage belehrt worden bin,
- · dass ich meine Pflicht zur Verfassungstreue stets erfüllen werde,
- · dass ich die Grundsätze der freiheitlich demokratischen Grundordnung i. S. des Grundgesetzes bejahe und
- dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung i.S. des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Ich versichere, dass ich in keiner Weise Bestrebungen unterstütze, deren Ziele gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, da sie mit den Pflichten eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes unvereinbar sind.

Ich bin mir bewusst, dass beim Verschweigen einer solchen Unterstützung die Ernennung zur Polizeivollzugsbeamtin/zum Polizeivollzugsbeamten als durch arglistige Täuschung herbeigeführt angesehen wird und zur Rücknahme der Ernennung führen würde.

Durch meine Unterschrift bestätige ich zudem die Kenntnis darüber, dass die einstellungsrelevanten Voraussetzungen, das Deutsche Sportabzeichen **mindestens** in Bronze und das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen **mindestens** in Bronze/das Deutsche Schwimmabzeichen in Gold, bis spätestens zum **1.7.** des Einstellungsjahres abgeleistet UND die entsprechenden Nachweise **eigenverantwortlich** hochgeladen werden müssen. Der Führerschein der Klasse B, die Fahrerlaubnis zum begleiteten Fahren ab 17 Jahren für Fahrzeuge mit Schaltgetriebe oder aber ein Führerschein mit der Schlüsselzahl B197 (Automatik), muss ebenfalls bis zum **1.7.** des Einstellungsjahres vorliegen UND auch als Nachweis eigenverantwortlich hochgeladen werden. Sollte diese Frist nicht eingehalten werden, so führt dies zum Ausschluss aus dem Verfahren. Eine Verlängerung der Frist ist, aufgrund der Länge des gesamten Bewerbungsverfahrens, nicht vorgesehen!

X

Ort, Datum

Unterschrift

Bei Minderjährigen zusätzlich



Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters





Anlage – Belehrung zum Bewerbungsvorgang

Name Vorname Geburtsdatum

Nach § 33 Absatz 1 S. 3 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) müssen sich Beamtinnen und Beamte durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, im Sinne des Grundgesetzes, bekennen und für deren Erhaltung eintreten.

Nach § 7 Absatz 1 Nr. 2 BeamtStG darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Die **freiheitliche demokratische Grundordnung** im Sinne des Grundgesetzes ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalen Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt (vgl. Urt. vom 23.10.1952 – 1 BvB 1/51 – BverfGE 2,1; Urt. vom 17.08.1956 – 1 BvB 2/51 – BVerfGE 5,85).

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

- · das Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit,
- · die Volkssouveränität,
- · die Gewaltenteilung,
- · die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- · die Unabhängigkeit der Gerichte,
- · das Mehrparteienprinzip,
- · die Chancengleichheit für alle politischen Parteien,
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung,
- Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen diese Grundsätze richten, ist unvereinbar mit den Pflichten eines Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Gegen Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit, die sich einer solchen Pflichtverletzung schuldig machen, wird ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst, gegen Beamtinnen und Beamte auf Probe oder auf Widerruf ein Entlassungsverfahren eingeleitet.



Dieses Formular ist nur erforderlich, wenn sie im öffentlichen Dienst tätig sind oder waren!



Erklärung zum Bewerbungsvorgang (Tätigkeit im öffentlichen Dienst)

Name	Vorname	Geburtsdatum
_		ewerbungs-, Prüfungs- und Personalakte (einschließ- gen sind bei der folgenden Dienststelle vorhanden:
Name und Anschrift der Dienststelle		
Personalnummer (falls vorhanden)	E-Mail-Ad	dresse der Personalaktenführenden Dienststelle
Dauer der Dienstzeit von (Datum)	bis (Datu	m)
Zweck Einsichtnahme im Rahmen der E	ignungsprüfung, Vereinfac	hung des Bewerbungs- und Einstellungsverfahrens.
	X	
Ort, Datum	Unterschrift	
Bei Minderjährigen zusätzlich o	die Unterschrift einer ges	etzlichen Vertreterin/eines gesetzlichen Vertreters.
	X	
Ort, Datum	Unterschrift	